



MARKUS GISLER

Die Logik des Sparens

**Die Firma Sulzer baut Pumpen für die Ölindustrie. Sie steckt in der Krise und muss sparen.** Sie baut Stellen ab und wird das Jahr wohl mit einem Verlust abschliessen. Stellen Sie sich vor, Sulzer würde den Kunden mitteilen: «Die Krise zwingt uns zum Sparen, deshalb verwenden wir für unsere Pumpen jetzt billigeren Stahl, der hält halt etwas weniger lang. Zudem müssen wir leider den Preis erhöhen.» Wir würden Sulzer für verrückt erklären. Sulzer muss sich sputen, die Produktivität steigern, die Pumpen dürfen höchstens besser, aber bestimmt kein Mü schlechter werden. Wettbewerb eben.

Was tut beispielsweise die Post, die auch sparen will? Sie kündigt an, die Auslieferung auf den Nachmittag zu verlegen, weil damit Personal eingespart werden kann. Am Schalter stehen wir ohnehin schon Schlange und warten und warten. Kein Problem, eine Alternative zum Monopolbetrieb gibt es nicht. Was also müssen wir tun? Für die Aufgabe des Monopols kämpfen. Konkurrenz muss her!

«Was müssen wir tun? Für die Aufgabe des Monopols kämpfen. Konkurrenz muss her»

**Zum Sparen gezwungen sind auch die Verleger.** Sie leiden unter der Inserateflaute und den rückläufigen Abo-Verkaufszahlen. Auch die Verleger bauen ab: Back-

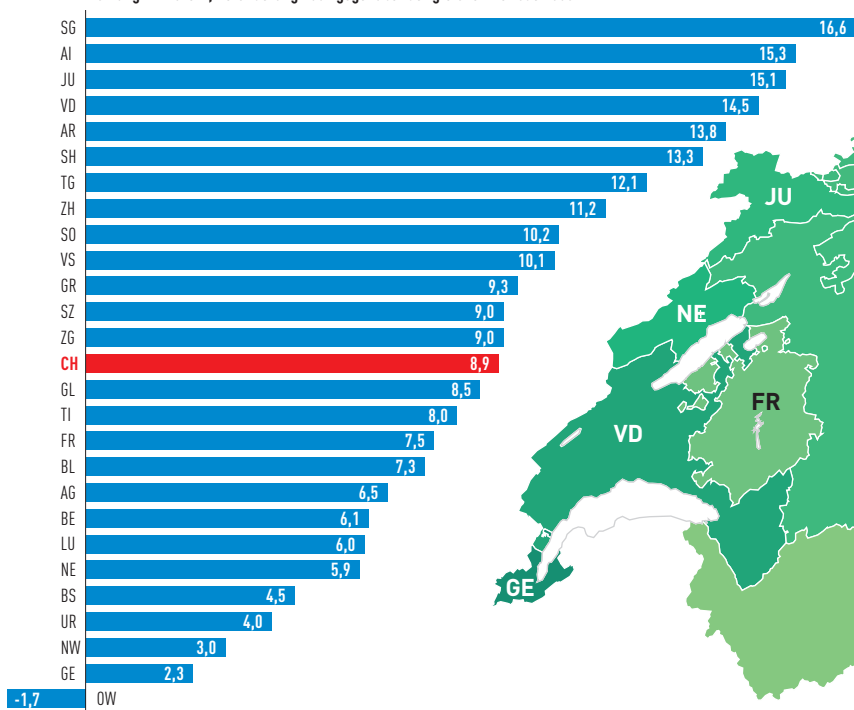
office-Personal und Journalisten wird gekündigt. Entlassen werden die teuersten Leute, bei den Journalisten sind das – mit Ausnahmen – die erfahrensten. Zeitungsleser sollten halt auf die Rezension von PM oder die Analyse von IS verzichten – who cares?

**Könnte es sein, dass es den Leser oder die Leserin doch kümmert?** Wie beispielsweise meine Bekannte (Uni-Abschluss, Mutter, am öffentlichen Leben interessiert, Vielleserin). Nüchtern stellt sie fest: Praktisch alle Inhalte, auch Hintergrundgeschichten und Analysen, seien gratis auf dem Internet nachzulesen, in aller Regel schon am Vorabend. Zudem werde der Zeitungsinhalt ausgedünnt und das Abo schlage sowieso jedes Jahr auf. «Meine Tageszeitung brauche ich nicht mehr», sagte sie letzte Woche und kündigte das Abo. Mit Gratiszeitungen und Internet, einem Wochenmagazin und den gebührenfinanzierten Radio und TV sei sie völlig ausreichend versorgt.

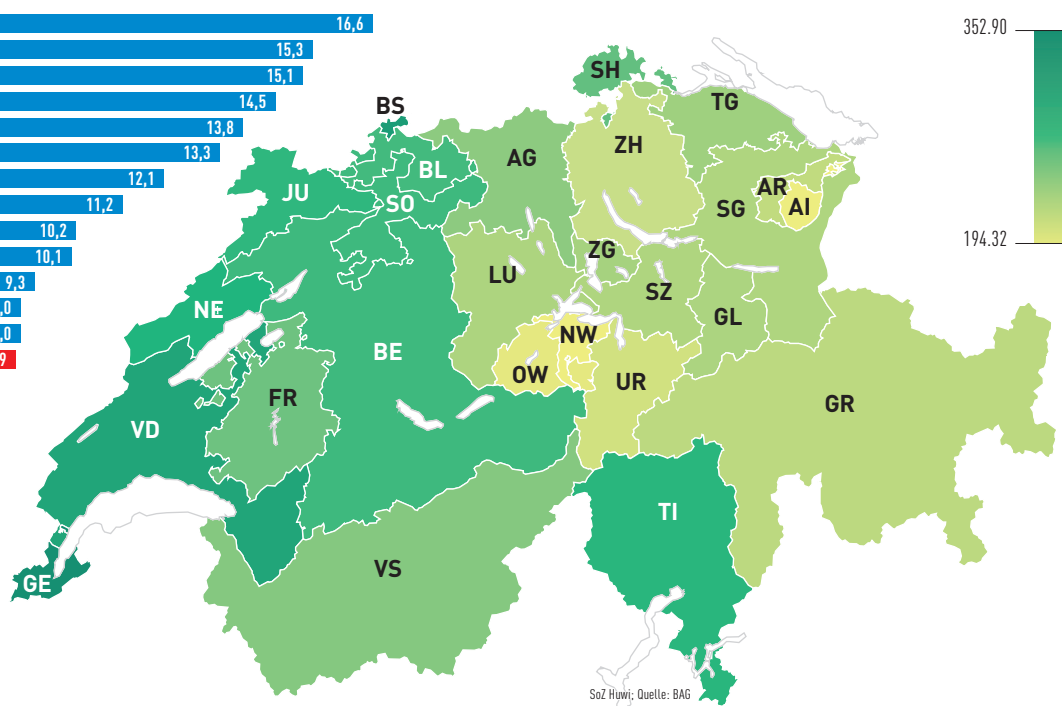
**Vielleicht könnte Sulzer-CEO Ton Büchner den Verlegern mit ein paar guten Tipps zur Seite stehen.**

Bruttokosten pro versicherter Person

Entwicklung in Prozent, Veränderung 2009 gegenüber der gleichen Periode 2008



Durchschnittliche Monatskosten, Januar bis März 2009, in Franken



Arzneien: Spareffekt verpufft

Gesundheitskosten steigen weiter ungebremst – Paket wirkt erst ab 2011

VON VICTOR WEBER

**BERN** Der Bundesrat hofft: Mit dem eben beschlossenen 400-Millionen-Franken-Sparpaket soll der Anstieg der Krankenkassenprämien von 15 auf 13 Prozent abgemildert werden. Doch das entpuppt sich als Illusion. Zum einen kommen die Massnahmen erst 2011 voll zum Tragen, zum anderen geht das Kostenwachstum ungebremst weiter.

**BAG ist schockiert über das beschleunigte Kostenwachstum**

Im ersten Quartal sind die Bruttokosten pro versicherte Person um 8,9 Prozent gestiegen. Damit hat sich das Wachstum beschleunigt, das seit vergangenem August an Tempo gewinnt. Im Bundesamt für Gesundheit stuft man das als «schockierend» ein. Bis Ende Jahr dürfte das Wachstum zwar abflachen, nicht zuletzt, weil im ersten Quartal Ausreisser zu verzeichnen waren. Doch der Kostenschub wird höher sein als im Vorjahr, das mit einem Plus von 4 Prozent schloss. Der Krankenkassenverband ist mit seiner Prognose von +5 Prozent auf der

optimistischen Seite: «Selbst unter dieser Annahme ist die Entwicklung beunruhigend», sagt Verbandssprecher Felix Schneuwly, «der Kostenschub macht den Spareffekt grossteils zunichte.» Angesichts der angespannten Reserven müssten die Kassen eh sehr darauf achten, die Prämien nicht zu tief anzusetzen. Umso mehr, als sie gemäss Bundesamt für Gesundheit (BAG) im laufenden Jahr ein Defizit von 1,4 Milliarden Franken anhäufen werden.

Anfang Juni war das BAG noch vom wahrscheinlichsten Szenario

ausgegangen, dass die Kosten im laufenden Jahr um 3,6 und nächstes Jahr um 3,4 Prozent steigen, wobei Sprünge von rund 8 Prozent nicht ausgeschlossen sind.

Die Sparmassnahmen werden auch aus einem anderen Grund den Prämienanstieg nicht abfedern können: Die Senkung der Medikamentenpreise setzt bestenfalls im März 2010 ein. Voraussichtlich dürfte der Vergleich mit den Auslandspreisen mehr Zeit beanspruchen. Dazu kommt, dass die zweite Phase des Sparpakets erst 2011 zum Tragen kommt.

«Für die anstehende Berechnung der Prämien 2010 ist das Sparprogramm nicht relevant», sagt Josef Hunkeler vom Büro des Preisüberwachers.

**Ohne grundlegende Reformen kommt der Systemkollaps**

Für Gesundheitsökonomien bilden die Sparmassnahmen des Bundesrates, aber auch radikalere Forderungen wie jene der Parlamentariergruppe um Otto Ineichen, ohnehin nur Symptombekämpfung. «Das Problem sind die Fehlanreize. Statt diese systemisch auszumerzen, versucht man, mit hastig ergriffenen punktuellen Massnahmen die Fehler früherer Einzelmassnahmen zu korrigieren», sagt Heinz Locher. Es gehe nicht an, nur an der Preisschraube zu drehen, ohne die Leistungsmengen zu steuern. Die Kosten seien ja das Resultat von Menge mal Preis. Wenn nicht bald grundlegende Reformen beschlossen würden, sei der Zusammenbruch des Systems unausweichlich. «Im Gesundheitswesen geht es zu und her wie in der Finanzbranche zwei, drei Jahre vor dem Crash: volle Pulle Expansion.»

Statistik suggeriert tiefere Medikamentenpreise

**Kaum zu fassen! Arzneien sind 11,6 Prozent billiger geworden.**

Gemäss einer Aufstellung des Bundesamtes für Gesundheit zeigt der Landesindex, dass im Mai die Arzneien um 3,3 Prozent billiger geworden sind. Eine Nachfrage beim Bundesamt für Statistik ergibt gar, dass die Arzneimittel seit Dezember 2005 11,6 Prozent günstiger sind. Das ist

bestenfalls nur die halbe Wahrheit: Der Landesindex berücksichtigt primär ältere Medikamente, deren Preis der Bundesrat verschiedentlich gesenkt hat. Teure neue Medikamente sind im Warenkorb untervertreten. «Für Medikamente ist der Landesindex eher Fiktion», heisst es beim Preisüberwacher. Wegen der Innovation steige der durchschnittliche Preis eines Medikaments Jahr um Jahr.

Druckmittel: USA können UBS-Aktiven kapern

Bei Gesetzesverstössen könnte die UBS Hunderte von Milliarden an Vermögenswerten verlieren

**BERN** Keine Bank überlebt die Beschlagnahme ihres Geschäftsvermögens. Dies wissen auch die amerikanischen Behörden, welche die UBS im Konflikt wegen der Mithilfe zu Steuerdelikten seit einem Jahr von Konzession seit einem Jahr von Konzession treiben. US-Gesetze stärken ihnen den Rücken. Unter bestimmten Umständen können die Behörden das Vermögen der US-Niederlassungen ausländischer Banken in Besitz nehmen. Solch bedrohliche Eingriffsmöglichkeiten bestehen unter anderem bei Überschuldung, unsicheren, unseriösen Geschäftspraktiken und bei Gesetzesverstössen.

Seit mehreren Jahren weisen sowohl die UBS als auch die Credit Suisse in ihren Geschäftsberichten auf dieses Risiko hin. Die Rechtslage war der früheren UBS-Führung somit bekannt.

Trotzdem liess sie die Bilanz derart wachsen, dass Ende 2006 1067 Milliarden Franken oder 46 Prozent der UBS-Aktiven in den USA lagen. Offensichtlich glaubten die damaligen Verantwortlichen nicht an eine reale Gefahr durch die weitreichenden Kompetenzen der US-Behörden. Die Ernennung des ehemaligen hohen Regierungsbeamten David Aufhauser zum Chefjuristen der UBS in den USA schien Gewähr zu bieten für eine Geschäftsstrategie mit geringen rechtlichen Risiken.

**Schweizer Geschäftsmodell ist anfällig für Benachteiligung**

Doch es kam anders: David Aufhauser und weitere hochgestellte UBS-Manager mussten wegen angeblicher Insidergeschäfte das Unternehmen umgehend verlassen. Noch schädlicher für die UBS

sind die Gesetzesverstössen bei der Betreuung von amerikanischen Bankkunden, denen Steuerdelikte vorgeworfen und zum Teil auch nachgewiesen worden sind. Deshalb dürfte der UBS zurzeit auch das deutlich reduzierte US-Engagement von 637 Milliarden Franken (Ende 2008) noch schwer lösbare Probleme bereiten. Nur umfassende Zugeständnisse bewahren die UBS vor einschneidenden Konsequenzen.

Die Grossbank muss alles unternehmen, um ihre amerikanischen Geschäfte in jeder Hinsicht sicher, seriös und gesetzeskonform abzuwickeln. In vielen Fällen heisst dies, auf bestimmte Geschäfte vollständig zu verzichten. Umgekehrt werden die amerikanischen Behörden so lange Druck ausüben, bis die Kooperations- und Konzessionsbereit-

schaft der UBS vollständig ausgeschöpft ist.

Eine andere gefährliche Folge der Gesetzgebung betrifft nicht nur die UBS, sondern alle Auslandsbanken, die Kapital in die USA exportieren. Im US-Konkursverfahren werden amerikanische Gläubiger gegenüber den Auslandsgläubigern privilegiert. Der Grund dafür sind verschiedene Gesetze, welche die Interessen der lokalen Gläubiger und der nationalen Einlagensicherung (FDIC) schützen. In der Fachliteratur werden die entsprechenden Eingriffe «Ringfencing» genannt. Gerade das Geschäftsmodell der Schweizer Grossbanken ist besonders anfällig für eine Benachteiligung im US-Markt. Denn die in der Schweiz günstig beschafften Kundeneinlagen und Gelder aus dem Interbankenmarkt bilden, so-

weit sie in den USA angelegt sind, im Krisenfall ein ungerechtfertigtes Risikopolster für die amerikanischen Gläubiger.

**Hilfreich wäre koordiniertes Vorgehen mit anderen Ländern**

Diese Erkenntnis ist schockierend. Insbesondere für den Bund, der im Krisenfall wohl die Finanzlücke decken müsste. Konsequenterweise hat der designierte Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand am Mediengespräch vom 18. Juni 2009 das Problem angesprochen. Er forderte «ein klar vordefiniertes und international koordiniertes Liquidationsverfahren für international tätige Finanzinstitute». Die Schweizerische Nationalbank schliesst sich mit diesem Votum einer Reihe von Experten an, die schon seit Jahren dringenden Handlungsbedarf

beim internationalen Bankenkursrecht festgestellt haben. Es bleibt zu hoffen, dass nun Taten folgen und die Gleichbehandlung der schweizerischen Gläubiger auch gegen den erwarteten Widerstand der USA durchgesetzt werden kann. Hilfreich wäre ein koordiniertes Vorgehen mit weiteren Ländern, die mit ihren Kapitalexporten die Auslandsverschuldung der USA erst ermöglicht haben.

Ob und wann ein entsprechender Vorstoss zum Erfolg führen wird, ist nicht ersichtlich. Deshalb sind starke Vorbehalte angebracht gegen ein Geschäftsmodell von Banken, das schweizerische Bankgläubiger (bzw. den Bund) dazu verdammt, systematisch höhere Risiken zu tragen als die amerikanischen Gläubiger der gleichen Institute.

MARTIN BACHEM